

Inserate
werden angenommen
Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gau. Ad. Schich, Postlieferant,
G. Berberitz u. Breitflehr-Ede,
Otto Niekisch, in Firma
L. Neumann, Wilhelmstraße 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. B.: G. Eisner in Posen.

Dedaktions-Sprechstunde
von 9—11 Uhr Vorm.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse,
Haasenstein & Vogler J. —
G. L. Daube & Co.,
Invalidendank.
Berantwortlich für den Inserat-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Jg. 292

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen jedoch nur zweimal.
Zum Sonn- und Feiertag ein Mal. Das Abonnement beträgt viertal-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,50 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 27. April.

1895

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung vom 26. April, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die Beratung der zur Bolltarifnovelle vorgeschlagenen Resolution auf Verzöllung des Quebrachoholzes und anderer überleichter Gerbstoffe wird fortgesetzt in Verbindung mit der dritten Beratung der kaiserlichen Verordnung wegen Erhebung eines Bollzuschlags für aus Spanien kommende Waren.

Ein Antrag Bachem-Kehler (Ctr.) verlangt, daß nur die zur Gerberei und nicht die zur Färberei verwendeten Stoffe mit einem Zoll belegt werden sollen.

Abg. Schumacher (Soz.): Der Antrag v. Stumm, aus dem der Kommissionbeschluss hervorgegangen ist, hat seinen Grund in einer Resolution des rheinischen Provinziallandtages. Aber diese Resolution beruht auf falschen Voraussetzungen. Mit Unrecht macht man einen Unterschied zwischen großem und kleinem Kapital bei den Gerberen. Mit kleinem Kapital kann heute eine Gerberei überhaupt nicht betrieben werden. Der Gerbereiprozeß dauert ziemlich lange, und der Gerber muß daher ein großes Kapital anlegen können. Für den Zoll sind nicht die kleinen Gerberen eingetreten, sondern gerade mittlere. Die Petitionen für den Zoll sind häufig nicht blos von den Chefs allein, sondern auch von allen Familienmitgliedern und Angestellten unterzeichnet. Das mit Eichenlohe gegerbte Sohlleder ist gar nicht geeignet für den Export, weil es beim Transport an Gewicht erheblich abnimmt. Quebrachoholz soll auch das Lederspäck und geschmiediger machen. Nur für das Sohlleder ist die Eichenlohe von Vorteil, aber wir exportieren nicht mehr Sohlleder, sondern nur fertige Schuh- und Ledermäntel. Wir würden durch Belgien und Frankreich mit ihren großartigen Fabrikklanzen vom Weltmarkt verdrängt werden, wenn das Quebrachoholz verteuert würde. Die Gerberei an sich ist nicht zurückgegangen, denn es wird heute viel mehr Leder fabriziert als früher. Nur ist die Fabrikation auf das Großkapital übergegangen als eine notwendige wirtschaftliche Entwicklung, die aber mit der Bollfreiheit des Quebrachoholzes nichts zu thun hat. Wo wollen Sie denn in Deutschland alle die Eichenlohe hernehmen, um den ganzen Bedarf für die umfangreiche Lederaufbereitung zu decken? Es ist doch eine eigentümliche Sozialpolitik, die Schuhe des armen Mannes zu verteuern (Lachen rechts), freilich stimmt das zu Ihrer Sozialpolitik, die Sie bei der Erhöhung des Zolls auf Baumwollseidenöl gezeigt haben. (Vorfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachem (Ctr.) befürwortet seinen Antrag. Im Interesse unserer einheimischen Schäwlwälzung trete ich für einen Zoll ein. Wir wollen mit unserem Antrag nicht das Interesse derjenigen, die Seide tragen, und der Seidenfabrikanten wahren, sondern das der Arbeiter, welche in der Seidenindustrie und Seidenfärberie beschäftigt sind. Wir wollen die zu Färbereizwecken dienenden Stoffe frei lassen, insbesondere Terrajaponica, Katechu und Sumach. Wollte man auch für einen Zoll unterwerfen, so würde die Färberei Industrie außerordentlich geschädigt werden. Es würde auch ein Verstoß gegen die Handels- und Meistbegünstigungsverträge sein, wollte man diese Stoffe mit einem Zoll beladen.

Abg. Dr. Barth (Kreis Berg): Wenn Abg. Bachem die Textilindustrie schützen will, warum nicht auch die Lederindustrie? Wie es die mittlere Linie des Protektionismus bedeuten soll, wenn man einen Stoff mit 200 Prozent des Wertes belastet, verstehe ich nicht. Die Interessen der Schäwlwälzer sollen geschützt werden, aber dabei werden andere Interessen verletzt, die zehnfach so viel bedeuten. Die Industrie muß damit rechnen, daß in der Bollpolitik eine gewisse Stabilität inne gehalten wird. Die Lederindustrie wird durch den Quebrachozoll in ihrem Lebensraum getroffen. Die Ausfuhr muss sinken, der Konsum im Inlande wird verteuert, und alles das soll in Kauf genommen werden, weil einige wenige Schäwlwälzer Schuh verlangen. Die Resolution schädigt das ganze wirtschaftliche Leben aufs Schwerste.

Zwischenzeitlich ein Antrag v. Salisch (bf) eingegangen, Gerbstoffe nicht bloß, soweit sie zur Färberei dienen, sondern auch soweit sie in der chemischen Industrie verwandt werden, zollfrei zu lassen.

Abg. Dr. Dresler (nl. auf der Tribüne fast unverständlich) spricht sich für die Resolution aus.

Abg. Dr. Hitz (Ctr.) befürwortet die Resolution mit der Einschränkung der Anträge Bachem-Kehler und Salisch.

Abg. Dr. Langerhans (Kreis. Bfzpt.): Der einzige Grund, der für den Quebrachobatzoll angeführt wird, den wir ernstlich prüfen müssen, ist der, daß die kleinen Färberei von Schäwlwälzungen am Rhein außerordentlich bitten, so daß man ihnen helfen müsse. Aber erst seit den 90er Jahren wird in der Gerberei das Quebrachoholz in größerem Umfang gebraucht; es können also noch nicht die nachteiligen Wirkungen eingetreten sein, die hier ins Feld geführt werden. Die Ergebnisse der Eichenwäldewälzung schwanken außerordentlich. Das kann nur daran liegen, daß die Waldbungen entweder unzureichend bestellt werden, oder daß der Grund und Boden nicht geeignet ist. Die Gerber verlangen eine ganz bestimmte Eichenlohe. Diese können die kleinen Färberei nicht herstellen. Man sagt, daß mit der Stärkung des Eichenwäldewälzungsbetriebes mehr beschäftigte Arbeiter beschäftigt werden. Auch das ist sehr fraglich. Man kann doch nicht die Weiter-Entwicklung einer großen Industrie hören, wenn neue Mittel gefunden werden, die die Industrie wesentlich steigern. Wenn man einen Zoll auf Quebrachoholz legt, so ist das ebenso, als wenn man jemanden bestraft, der eine neue Erfindung in der Industrie macht. Lehnern Sie deshalb die Resolution ab! (Vorfall links.)

Abg. Brink (nl.): Man muß das Hauptgewicht darauf legen, daß die Beschaffenheit des mit Quebrachoholz gegerbten Leders schlechter ist als des mit Eichenlohe gegerbten, indem jenes nach zwei Jahren brüchig wird. Denken Sie sich doch, daß das während eines Feldzuges den Soldaten passiert! Nehmen Sie daher den Antrag der Kommission an.

In der Abstimmung wird die Resolution der Kommission mit den Abänderungsanträgen Bachem

und v. Salisch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Frei- und Volkspartei, Frei- und Vereinigung und Südp. Volks- und einiger Nationalliberaler angenommen, desgleichen die kaiserliche Verordnung wegen eines Bollzuschlags auf spanische Waaren in dritter Beratung.

Es folgt die erste Beratung der Branntweinsteuernovelle. Schatzkretär Graf Posadowitsch: Die Schwierigkeiten in der Konstruktion des Branntweinsteuergesetzes hätten leicht dazu führen können, eine Vereinfachung herbeizuführen in der Weise, daß man das System der Fabriksteuer, wie es die linke Seite angeregt hatte, annomme. Wir sind aber der Überzeugung, daß beim Übergang zum Fabriksteuersystem die Branntweinbrennerei als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb aufgehören würde. Dann würden die Branntweinbrennereien denselben Weg gehen, wie die Brauereien; man würde den Branntwein in gewaltig großen Mengen in den Städten herstellen. (Sehr richtig! rechts.) Man hätte auch die Fabriksteuer mit verschiedenen Säulen nach einer Staffel, je nach den Rohprodukten, aus denen der Branntwein hergestellt wird, wählen können. Auch in diesem System liegt eine schwere Gefahr, namentlich für die Brennereien des Nordens und Ostens. Wenn deshalb die verbündeten Regierungen in die Zwangslage versetzt sind, das komplizierte Gesetz noch mit neuen Bestimmungen zu belasten, so geschieht es nicht aus Mangel an gesetzgeberischem Geschick, sondern aus der Natur der Sache heraus. Der Zweck ist, offen gesagt, in erster Linie ein agrarischer. Es soll die Überproduktion des Branntweins zum Besten des Gewerbes beschränkt und der Versuch gemacht werden, die Preise dadurch wieder lohnender zu gestalten. Wir haben keine Industrie, die steuerlich eine so schwere Rüstung trägt, wie das Branntweingewerbe. Selbst in guten Zeiten war der Nutzen der Landwirtschaft aus der Brennerei ein recht bescheidenes und bestand viel weniger in baarem Gelde, als in den mit der Brennerei zusammenhängenden Vorhöhlen für die Landwirtschaft. Der Hauptverdienst ist anderen Kreisen überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Der Stammbaum vieler großer Vermögen ist zurückzuführen auf den Großhandel und vor allen Dingen auf den Kleinhandel mit Branntwein in den östlichen Provinzen. (Zustimmung rechts.) Die ethische Grundlage unseres Brennereigewerbes bleibt nach wie vor der Kartoffelbau. Es ist richtig, daß der Kartoffelbau absolut ausgedehnt hat, relativ ist er zurückgegangen. Es hat von 1878—83 ein relativer Rückgang der mit Kartoffeln bebauten Fläche um 4,5 Prozent stattgefunden. Dagegen ist in den Ländern, die dem Brennereigewerbe eine kräftige Förderung zu thun werden ließen, der Kartoffelbau gestiegen, z. B. in Frankreich in 10 Jahren um 10,4 Prozent, in Österreich um 4,3 Prozent. Dieses Zurückbleiben der Kartoffelproduktion steht gegenüber einem Minderverbrauch der Brennereien, der sich auf 956 000 Tonnen beläuft. Ferner hat der Rückgang des Kartoffelbaus nach der Berechnung eines hervorragenden landwirtschaftlichen Sachverständigen, der, wenn er in diesem Hause sähe, sich auf der linken Seite befindet, zur Folge gehabt, daß jetzt jährlich 21 000 Arbeitskräfte auf dem Lande weniger beschäftigt werden. Das ist um so wichtiger, als die Kartoffel zu einer Zeit geerntet wird, wo sonst landwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr unternommen werden, und daß dann in dieser Zeit nicht die männlichen, sondern alle Familienmitglieder bis zu den Kindern beschäftigt sind. Gegenüber dem Vorwurf, daß die verbündeten Regierungen einseitige agrarische Interessen vertreten, verneine ich auf den Bericht der Monopolverwaltung der Schweiz, in der doch die Industrie eine größere Rolle spielt, als die Landwirtschaft. Darin heißt es, daß Maßregeln getroffen werden müssen zu dem Zweck, die Gewerbe, die einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, privatwirtschaftlich lohnend zu machen im Interesse des Ganzen. Das ist auch der Standpunkt der Regierungen bei dieser Novelle. Die Schweiz gibt dieser Auffassung in ihrer Gesetzgebung einen sehr prägnanten Ausdruck. Sie bezahlt nämlich den einheimischen Spiritus so, daß wenn man selbst die höheren Kartoffelpreise dafür in Betracht zieht, noch immer 10,70 M. mehr über die Produktionskosten den Produzenten verbleiben als unseren Produzenten bei den gegenwärtigen Preisen. In Österreich wird eine Ausfuhrprämie bezahlt und ebenso in Russland eine Prämie von 4—5 M. wozu außerdem noch ein Acciennachlaß kommt. Russland und Österreich sind aber unsere Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, und der starken Förderung ihres Exports haben wir es zu danken, daß unter Export über Hamburg uns verloren gegangen ist. Auch die Brennerei in Form einer Staffelsteuer hat in der Schweiz Monopolverwaltung ein lehrreiches Vorbild. Sie geht von dem Gedanken aus, daß je kleiner der Betrieb, desto größer die Unterkosten werden, ein Verhältnis, das man bei der Branntweinsteuern bestimmt, ziemlich genau mathematisch nachzuweisen in der Lage ist. In der Schweiz variieren die Anlaufpreise in der Art, daß für die kleinen Betriebe, die ein Loos von 150 bis 200 Hektoliter haben, die höchsten, und für die größten Betriebe mit einem Loos von 700 bis 1000 Hektoliter die niedrigsten Preise gezahlt werden. Darin liegt dasselbe System, wie es in der Brennerei ausgedrückt ist. Die Berechnung der Unterkosten für 1 Hektoliter Branntwein ist sehr verschieden. In der Presse sind solche Berechnungen ange stellt worden, und man hat dabei einen angemessenen Kartoffelpreis herausbekommen. Das mag für große Brennereien mit besonders vorbehaltlosen technischen Einrichtungen zutreffen. Aber selbst der betreffende Schriftsteller hat vergessen, in Betracht zu ziehen die Kosten für die Gerste, die dabei auch verbraucht wird. Es haben tatsächlich die kleinen und auch ein großer Theil der mittleren Brennereien zugelegt. Wir haben es vorgezogen, die Gesamtproduktion mit einer Staffelsteuer zu belegen, und nicht blos die Kontingenten Brennereien, weil sonst eine große Anzahl von Brennereien, namentlich in Süddeutschland, steuerfrei geblieben wäre. Nun haben sich in der öffentlichen Meinung Bedenken gestellt gemacht gegen die verschiedenenartige Behandlung der Kartoffelbrennereien, der Hefeste und Melassebrennereien. Die Belastung wird aber selbst bei denjenigen Hefebrennereien, welche 600 Hektoliter Jahresproduktion haben, nur 25 Pf. pro Hektoliter betragen. Damit ist der Einwand gegen die Überlastung der Hefebrennereien hinfällig. Dann sind auch die Hefebrennereien in einer glücklicheren

Lage durch ihr heutiges Verfahren, welches ermöglicht, aus demselben Quantum das Doppelte an Hefe herzustellen, so daß der Branntwein mehr Nebenprodukt wird. Es ist ferner zu erwarten, daß jetzt, nachdem die Melassefabriken anstatt der Melassebottichsteuer dem Zuschlag unterworfen werden, die Hefebrennereien zur Verwendung von Melasse übergehen werden. Wie mit den Hefebrennereien, wird es auch mit den Melassebrennereien sein, sie werden aus denselben Gründen wie jene den Zuschlag nicht zahlen. Sie werden daher nicht tot gemacht werden. Wenn die Melassebrennereien ihren Betrieb nicht weiter ausdehnen und das thun, was die landwirtschaftlichen Brennereien tun müssen, ihren Betrieb nämlich auf die Norm von 1887 zu beschränken, so werden sie eben nicht weiter belastet. Die Melassebrennereien, die kein Kontingent haben, werden auch in Zukunft noch vortheilhaft arbeiten können. Der ermäßigte Zuschlag soll nicht nur auf kleinere Kartoffelbrennereien ausgedehnt werden, sondern auch den Brennereien gewährt werden, die gemeinschaftlich einen Brennapparat benutzen. Daß die Novelle für die kleinen Betriebe außerordentlich vortheilhaft wirken wird, erkennen verschiedene Betriebe, die an das Haus gelangt sind, an. Stein wirtschaftlich betrachtet hat ja eine Ausfuhrvergütung etwas sehr unerwünschtes, aber wenn andere Staaten erhebliche Ausfuhrvergütung gewähren, dann sind wir gezwungen, den gleichen Weg zu gehen, und nur darin liegt die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, daß die Ausfuhrprämien schließlich überhaupt abgeschafft werden. Wir allein können doch nicht die Rolle des Cato spielen. Besonders lebhaft ist von der öffentlichen Meinung bekämpft worden die Behandlung der Melassebrennereien während der Übergangszeit. Sollte aber dies Gesetz schon für die nächste Kampagne eine Preissteigerung herbeiführen, so könnten wir nicht anders verfahren, wie in der Vorlage gezeichnet ist. Die Melassebrennereien haben in diesem Jahre bis zum 1. März bereits 6947 Hektoliter Spiritus erzeugt. Die Verbilligung, daß man das Zeug nicht trinken kann, wird widerlegt durch vorzüllende Sachverständige, die bekunden, daß in Belgien und Holland aus dem Melassespiritus der beste Wein bereitet wird. Das Gesetz bewirkt, eine weitere Ausdehnung der Melassebrennereien zu Gunsten der landwirtschaftlichen Brennereien zu verhindern. Die verbündeten Regierungen halten daran fest, daß im Interesse der Landwirtschaft die Brennerei als landwirtschaftliches Nebengewerbe erhalten bleibt. Auf Rechnung dieses Hauses sitzen viele Herren, die ihr Ideal der Spiritusbesteuerung auf einem andern Wege erreichen zu können glauben. Man kann Ideale in verhügtemem Busen tragen, aber diese Ideale in Bezug auf die Spiritusbesteuerung werden in diesem Reichstag keine Mehrheit finden. Die verbündeten Regierungen haben nach dem Grundsatz: bis dat quicquid est, dat quicquid est, damit es noch auf die Preisbildung der nächsten Kampagne einwirkt. In der Behandlung landwirtschaftlicher Fragen ist bereits ein wesentlicher Unterschied gegen die frühere Session eingetreten. Die eingehende Erörterung landwirtschaftlicher Angelegenheiten bei der Befreiung der Handelsverträge hat doch manchem, der gewohnt war, die landwirtschaftlichen Verhältnisse aus städtischer Vogelperspektive zu betrachten (ehr gut! rechts), die Überzeugung beigebracht, daß wirklich etwas faul ist in der deutschen Landwirtschaft. Schon bis in die äußerste Linke, sogar bei den Sozialdemokraten wird anerkannt, daß die Landwirtschaft sich in einer gefährlichen Krise befindet. Wenn Sie diese Überzeugung einmal gefaßt haben, dann gehen Sie von der Überzeugung auch zur That über. Reichen Sie uns hier den kleinen Finger, um einem kleinen Theil der Landwirtschaft zu helfen. Wenn dies Gesetz nur einem kleinen Theil der Landwirtschaft zu Gute kommt, dann haben die verbündeten Regierungen die Hoffnung, daß sie noch in dieser Session in die Lage kommen, einem weiteren Theil der Landwirtschaft ihr Wohlwollen zu beweisen. Noch einmal, reichen Sie uns den kleinen Finger, wir versprechen Ihnen, wir nehmen nicht die ganze Hand. (Vorfall rechts.)

Abg. Spahn (Ctr.): Wir können im Allgemeinen denjenigen Bestimmungen zustimmen, die sich beziehen auf die Materialsteuer und die Normierung des Kontingents, aber es muß in der Kommission geprüft werden, ob die Grundlagen des Gesetzes von 1887 nicht zu sehr verschoben sind. Ebenso wird die Kontingentenfrage noch näher geprüft werden müssen. Mit dem Ziel, daß wir der weiteren Ausdehnung der Melassebrennereien Schranken setzten, bin ich einverstanden, doch muß erwogen werden, ob sie nicht zu sehr beschränkt werden. Die Freilassung der Brennereien, die unter 300 Hektoliter produzieren, von der Brennsteuer wird gerade zu einem Aufschwung der kleineren Brennereien führen.

Abg. Wurm (Soz.): Die kleinen Brennereien haben einsehen, daß sie durch die Branntweinsteuern schwer geschädigt sind. Die gewerblichen Brennereien unterscheiden sich in ihrem Betrieb nicht von den landwirtschaftlichen. Im Gegenteil, ersteren nutzen den kleinen Bauern, indem sie ihnen Schlempe verkaufen. Die landwirtschaftlichen Brennereien dürfen zwar nicht die Schlempe verkaufen, aber sie dürfen Fleisch auf Rostgeld nehmen, und das geschieht sehr oft. Der Staffelfarbstoff steht nur auf dem Papier sehr schön aus. In Wirklichkeit können nur die großen Brennereien exportieren, sie haben also den Vorteil von den Exportprämiens. Das Ausland wird seine Prämiens erhöhen, dann kommen wir wieder nicht mit. Wenn unser Export verloren gegangen ist, so liegt das daran, daß die südlichen Staaten jetzt selber Spiritus produzieren, und ferner daran, daß in Folge unserer Schutzpolizei die anderen Staaten zu Repressalien griffen. Heute geht man sogar so weit, es so darzustellen, daß das Gesetz von 1887 etwas Böses für die Branntweinbrenner bedeutet, und man führt sogar an, die 20 Pf. Differenz bedeuten eine Strafe für diejenigen, welche zu viel produzieren. Ja, diese Strafe bezahlen unsere Handwerker und Arbeiter. Den Branntwein trinken die Arbeiter der Armen. Niemand wäre froher als wir, wenn die Branntweinpest ausgerottet würde. Aber dort, wo sie herrscht, wird nicht rot, sondern schwarz oder schwarzweiß gewählt. (Lachen rechts und im Centrum.) Das Gesetz von 1887 hatte nur die Bedeutung einer Liebesgabe. (Widerspruch rechts.) Sie können doch nicht leugnen, daß der Preis sich nach dem Steuersatz von 70 Pf. richtet. Und nun wird das Volk noch durch die

neue Brennsteuer belastet. Die Last, welche das Gesetz der ärmsten Bevölkerung auferlegt, können wir nicht billigen, zumal von den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben nur 0,16 Proz. an der Branntweinbrennerei beteiligt sind. Hoffentlich kommt der Entwurf nicht zu Stande.

Abg. Gamp (Rp.): Der Branntweinkonsum hat sich seit 1887 um 20 Prozent verringert. Die arbeitenden Klassen geben für Branntwein nicht mehr aus als früher. Es ist nicht richtig, daß das Branntweinsteuergesetz von 1887 mit seiner Kontingenztruktur eine Liebesgabe für die ostdeutschen Bevölkerung bedeute. In dem Bericht der oberbayerischen Handels- und Gewerbeammer wird hervorgehoben, es sei gar nicht zu verstecken, wie die Sage von der Liebesgabe habe entstehen können; ohne Kontingenztruktur würden die kleinen bayerischen Brennereien bei den gegenwärtigen Preisen zu Grunde gehen. Es ist ferner eine naive Auffassung, wenn man behauptet, daß von einer Förderung der Brennerei nur der große Brenner Vorteil haben werde. Der kleine Brenner verkauft doch seinen Branntwein zu demselben Preis, und er hat also von höheren Preisen Vorteile. Bei uns im östlichen Deutschland spielt die Naturallohnung eine große Rolle, und der Reallohn ist größer als in Berlin und im Westen. Wir im Osten würden uns schämen, den Leuten so schlechte Wohnungen zu geben, mit denen die Arbeiter hier in Berlin vorlieb nehmen müssen. Der größere Branntweinkonsum erklärt sich aus dem Klima. Die höhere Belohnung der Melassebrennereien ist gerechtfertigt, weil sie nicht zu denjenigen gehören, denen das Gesetz von 1887 eine besondere Unterstützung zu geben beabsichtigte. Es hat sich herausgestellt, daß die Melassebrennereien eine weit größere Ausbeute haben als 1887 angenommen wurde. Die Novelle zeugt von eingehender Kenntnis der landwirtschaftlichen Brennereiverhältnisse, und wir müssen dem Schatzkämmerer dafür dankbar sein. Mit der Ausdehnung der Kontingenzperiode auf 5 Jahre sind wir durchaus einverstanden. Aber nicht ohne Bedenken steht ich der Brennsteuern gegenüber, weil ich zweifelhaft bin, ob sich die Hebung des Exports wird erreichen lassen. Der Rückgang des Exports liegt nicht, wie Abg. Wurm meinte, in der Schutzzollpolitik, sondern in dem Rückgang des Weinbaus im südlichen Frankreich. Man sollte lieber auf den Export verzichten und auf die Steigerung des Konsums im Inlande bedacht nehmen. Es ist sehr zweifelhaft, ob gerade die Brennsteuern das geeignete Mittel für die Hebung des Exports ist. Nichtsdestoweniger will ich den Versuch machen. Vielleicht würde es sich empfehlen, den Ertrag daraus zu einem separaten Fonds zu legen, aus dem nach Bedürfnis Exportprämien gewährt werden. Freilich ein viel wirksameres Mittel zur Hebung der Preise wäre eine Beschränkung der Produktion, indem man für das Maß der Produktion über das Kontingenzi hinzu ein Maximum feststellt und denjenigen, der dieses Maß überschreite, mit Strafe belegt. Die Kartoffelpreise des letzten Sommers waren im Osten so gering, daß sie ruhig für die Landwirthe wirkten. Zu wünschen wäre eine Bestimmung, wonach der Verlauf des denaturierten Branntweins erleichtert wird, ferner müßte die Verwendung gewisser Surrogate, die auf Täuschung des Publikums berechnet sind, verboten werden. Ich schließe mich dem Antrage auf Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern an.

Darauf vertrat sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. (Rechnungssachen, Fortsetzung der Beratung über die Branntweinsteuernovelle, Gesetzentwürfe wegen Bestrafung des Sklavenhandels und betr. die Schutztruppen in Westafrika.)

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. April. [Im Abgeordnetenhaus] werden in nächster Zeit die Plenarsitzungen häufiger ausfallen, weil kein genügender Beratungsstoff vorliegt. Dann muß man sich aber um so mehr wundern, daß das Centrum noch immer keine Lust hat, seinen längst eingebrachten Antrag auf Wiederherstellung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18 auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Gerade jetzt, während der nahenden Entscheidung über die Umlaufvorlage, wäre es ebenso vergnüglich wie befriedigend, die Regierung und das Centrum ihre Ansichten über die Wiederherstellung dieser Verfassungsartikel austauschen zu hören. Im Abgeordnetenhaus hat man es freilich auch sonst mit der Beratung von Initiativvorschlägen nicht eilig. So ist neben dem Centrumsantrage noch ein zweiter sehr interessanter Antrag da, der konservative auf Gewährung von Staatskredit für die Landwirtschaft zu einem Brutto von höchstens 21/2 Prozent. Seitdem sie mit Herrn v. Hammerstein-Lotzen so unangenehm zusammengerathen sind, haben es die Agrarier mit der Vorbringung ihrer Wünsche allerdings weniger pressant.

In der Justizkommission des Reichstages für die Novelle zu dem Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozeßordnung erklärte der Staatssekretär Niehner d. i. d. a., die verbündeten Regierungsräte legen auf die Fertigstellung der Vorlage das allergrößte Gewicht und könnten auf eine Vertragung des Reichstages vor der Beendigung der Kommissionsberatungen nicht eingehen. Die Vorlage müsse im Zusammenhange erledigt werden, die einzelnen Gegenstände abgesondert behandeln, sei unzulässig, die Kommission in Permanenz tagen zu lassen, gehe auch nicht an. Die Kommission solle die Möglichkeit der Vertragung bis zum Herbst nicht zu der Grundlage der weiteren Beschlüsse machen. Die Kommission könne die Beratungen rascher als bisher fördern. Eventuell könne der Reichstag bei dem Beginn der nächsten Sessionsdieselben Mitglieder in die Kommission berufen, diese neue Kommission könne dann die bis dahin gefassten Beschlüsse einfach en bloc annehmen. Die Kommission beschloß künftig an vier Tagen in der Woche die Sitzungen zu erhalten und vertrat sich sodann bis zur Weiterberatung.

Die national-liberale Fraktion des Reichstages hat heute dem Staatssekretär v. Stephan, der sich den Jubiläums-Festlichkeiten durch eine Reise entzogen hat, folgende Adresse übersandt:

Exzellenz! Die national-liberale Partei des Reichstages gesellt sich Ihren Verehrern bei, welche Ihnen heute die Gefühle aufrichtigen Dank und herzliche Glückwünsche für Ihr weiteres Wirken und Leben darbringen. Ew. Exzellenz haben seit 25 Jahren die Geschäfte der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit aufopfernder Einsicht ihrer ganzen Kraft geleitet. Das deutsche Reich erfreut sich in Folge Ihrer Thätigkeit der vorzüglichsten Einrichtungen in dem alle Kreise der Bevölkerung erfassenden Post- und Telegraphenverkehr und die ganze Welt genießt die unermesslichen Vorteile des durch Ihre kühne und vorausschauende Initiative ins Leben gerufenen Weltpostvereins. Niemand weiß dies besser zu würdigen als die Mitglieder des Reichstages, welche dem wirtschaftlichen und nationalen Emporsteigen Deutschlands seit 25 Jahren mit unbefangenem Patriotismus gefolgt sind, und Seinen Ihrer Amtsführung waren. Möge ein gütiges Geschick noch viele Jahre Ihre seltene Kraft dem Vaterlande erhalten! In dankbarer Verehrung der Vorstand der national-liberalen Partei des Reichstages. v. Bennigsen. Dr. Hammacher. v. Cuny.

In Stettin hat die Stadtverordnetenversammlung sich dem Veto des Regierungspräsidenten gefügt und die Beschlusssatzung über die beantragte Petition gegen die Umlaufvorlage unterlassen. Hier hatte der Regierungspräsident direkt den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Scharau aufgefordert, den Antrag von der Tagesordnung abzusezen oder sonst in geeigneter Weise seine Berathung in der Sitzung auszuschließen. Diesem Verlangen hat sich der Stadtverordnetenvorsteher gefügt.

Die "Köln. Blg." bringt Ausschreibungen über die Stellungnahme von Beamten zum Antrag Kanitz und bemerkt insbesondere, man sehe mit Erstaunen, wie noch immer bis in die jüngsten Tage hinein hohe Verwaltungsbeamte und selbst Landräthe sich nicht scheuten, als Befürworter des Antrages Kanitz aufzutreten. Demgegenüber erklärt die offiziöse "Berl. Corr.":

Es muß bezweifelt werden, daß höhere Verwaltungsbeamte, nachdem die Staatsregierung den Antrag Kanitz für unausführbar erklärt hat, als Befürworter desselben aufgetreten sind. Die "Köln. Blg." nennt zwar keine Namen. Falls etwa der Landrat Ewald in Ramisch gemeint sein sollte, von welchem das "Berl. Tagebl." in einer Notiz vom 19. d. M. behauptete, er habe sich in einer Wahlmännerversammlung zu Rawitsch vollständig mit den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe einverstanden erklärt, so ist Folgendes zu bemerken. Landrat Lewald hat in seiner Kandidatenrede die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe mit seinem Wort erörtert, ja den Bund der Landwirthe überhaupt nicht erwähnt, sondern nur ausgeführt, die erste Notizlage der Landwirtschaft werde von allen Parteien anerkannt, es sei daher die Pflicht jedes Volksvertreters, Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet seien, den Notstand, wenn auch nicht zu heben, so doch wenigstens zu lindern. Die bezügliche Mitteilung des "Berl. Tagebl." und die daran geknüpften Ausschreibungen anderer Blätter entbehren hier nach jeder Begründung.

Über die Münchener Wachpostenaffäre, bei der ein Soldat vom Posten erschossen wurde, berichten die "Münch. R. N." des Näheren: Der Wachposten hatte zuerst mehrere Civilisten vergeblich angerufen und sein Gewehr geladen. Etwa 10 Minuten später näherte sich dem Posten eine vom Unteroffizier Fischer geführte Patrouille. Der Posten rief abermals sein dreimaliges "Halt". Nun aber gab der Unteroffizier, der wartete, bis er den Posten laden hören würde, keine Antwort, da er nicht wußte, daß der Posten ja schon geladen hatte. Dieser aber gab seinen Dienstvorschriften gemäß nachdem er vergeblich auf Antwort gewartet hatte, Feuer und traf unglücklicher Weise einen Soldaten der Patrouille. Das Geschosshatte Mieren und Leber verletzt, sodass der Getroffene nach ungefähr einer Viertelstunde auf dem Platz verstarrt. Nach einem weiteren Bericht hat der Posten nicht nur dreimal "Halt" gerufen, sondern der Befehl gemäß, wenn nicht Gefahr im Verzug ist, noch einmal, also zum zweiten Male den Drohsatz: "Halt! oder ich schließe!" laut werden lassen.

* Bremen, 26. April. Der Senat hat den Staatssekretär Dr. v. Stephan anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums als

Leiter des Reichspostamts und in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste zum Ehrenbürger der freien und Hansestadt Bremen ernannt.

Weimar, 26. April. Reichstagssitzungswahl. Nach bisheriger Feststellung erhielten Kuhlmann (natl.) 2373, Reichmuth (cons.) 4506, Baumbach (frei) 4562 und Baudert (Soz.) 5684 Stimmen. Aus einigen ländlichen Bezirken steht das Ergebnis noch aus.

* Darmstadt, 26. April. Die zweite Kammer hat mit 24 gegen 23 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Organisation des Forstschulz abgelehnt.

Militär und Marine.

= Personalveränderungen im V. Armeekorps. Suhle, Major aggreg. dem Inf.-Fü.-Reg. Nr. 37, als Rat.-Kommandeur in das 5. Ostir. Inf.-Reg. Nr. 41 eintrat. Müller, Major aggreg. dem 1. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 46 befußt Übergangszeit zur Schutztruppe für Deutsch-Südwürttemberg mit dem 19. April ex. aus dem Heere ausgeschieden.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 26. April. Im nichtamtlichen Theile des Kreisblatts für den Kreis Ostrau war am 1. September v. J. eine Verordnung veröffentlicht worden, auf Grund deren der Kaufmann T. wegen Aufhängens von Gegentänden außerhalb seines Ladens zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde. Es führt hiergegen in der Rechtsauffassung bei dem Raum er eracht aus, daß die Verordnung nicht gebürgt veröffentlicht worden, also nicht rechtsverbindlich sei. Es könne Niemand zugemutet werden, sich nach Durchlehung des amtlichen Theiles eines Blattes auch noch durch den nichtamtlichen Theil durchzuarbeiten, um unter den verschiedensten Privatanziegen nach einer dort etwa noch abgedruckten Polizeivordnung zu suchen. Das Kammergericht erkannte hieraus der Voss. Blg. zu folge auf Freiheitprechung, daß die Bekanntmachung einer von einer Behörde erlassenen Verordnung im nichtamtlichen Theile des zur Veröffentlichung bestimmten Blattes ungerechtfertigt sei und die Rechtsungültigkeit der Verordnung zur Folge habe.

* Weiden, 26. April. [Fuchs mühler Prozeß.] Heute wurden die Forstmeister Götsche und Brenner in sehr eingehender Weise vernommen. Letzterer ist der Meinung, die Angeklagten hätten sich wegen Übertretung des Forstgesetzes strafbar gemacht, weil sie erstens ohne Anweisung und zweitens Nutzholz gefällt haben. Ein forstwirtschaftlicher Schaden sei nur in Schrammholz entstanden; das Gutachten berechnet denselben auf 1274 M. Die Frage der Verhöldigung, ob den Fuchsmühlern nur Brenzholz zu fällen gestattet sei, lasse sich aus dem Gutachten nicht genau beantworten. Der Verhöldiger Rechtsanwalt Bernstein-München führte in 2½-stündiger Rede aus, die Angeklagten hätten nur ihr vermeintliches Recht wahrgenommen. Die Herbeiziehung von Militär sei jedenfalls nicht nötig gewesen. Er beantragte Freisprechung event. das geringste Strafmaß. Der zweite Verhöldiger, Rechtsanwalt Schmidt-Schwabach, lehnte sich allen Ausführungen an. (Die Anträge des Staatsanwalts sind bereits ge-

4. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 26. April 1895. — 6. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

(3000)	233	51	90	306	507	53	67	93	789	115098	176	657	758	832	34
922	116065	89	108	54	224	367	427	68	551	740	117336	4.3	815	96	
963	118036	(3000)	197	(3000)	398	682	723	42	819	57	(1500)	900	66	88	
913	119333	531	611	755	834	902	31	(10000)	49						
120183	90	524	817	88	969	121193	218	454	506	(300)	22	64	644		
750	924	25	122041	74	168	80	294	303	(1500)	23	33	470	80	648	734
981	97	123027	(3000)	284	314	489	644	76	735	870	124055	(1500)	216		
60	303	(3000)	64	413	36	73	94	699	(500)	746	77	829	901	125017	(500)
117	(500)	35	437	575	87	605	126059	75	102	8	96	357	550	624	758
802	127042	82	186	275	424	86	686	640	98	807	925	31	81	128001	109
21	293	513	86	628	749	87	(1500)	894	955	129014	123	304	41	87	97
413	515	675	721	963											
130097	118	40	43	492	621	749	95	857	909	131087	192	(1500)	547		
92	982	132078	79	201	51	66	488	531	603	743	850	900	86	(500)	133059
108	80	261	304	419	36	569	97	787	(1500)	864	76	932	134036	185	268
549	632	(1500)	63	708	135615	91	771	980	136161	307	18	97	427	84	
505	57	780	886	908	33	83	137043	105	298	443	537	741	(300)	86	892
138011	207	446	611	914	46	139073	199	312	417	31	616	726			
140154	70	75	283	533	45	(500)	726	872	929	141113	52	(3000)	454		
96	592	(300)	619	718	808	76	142021	85	(3000)	112	28	75	84	(300)	
536	(300)	77	467	886	95	733	804	26	64	143159	420	753	886	912	93
144161	(1500)	886	655	868	988	145113	(3000								

melbet. — Ned.) Das Urtheil wird morgen Vormittag 10%, Uhr verkündet werden.

Lokales

Posen, 27. April.

n. Unfall. Gestern früh fiel von dem Dache eines Hauses auf dem Königsplatz ein Theil eines Dachsteins herab und einer Frau aus Jersik, welche auf dem Straßendamm ging, auf den Kopf. Sie wurde jedoch alldächerweise nur unbedeutend verletzt.

n. In dem Elektrizitäts- und Wasserwerk in Wilda fand gestern Abend 6 Uhr ein Pumpversuch statt, welcher sehr gut gelang, indem alle Maschinen gut funktionierten. Die Eröffnung wird wohl im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Aus der Provinz Posen.

X. Lissa i. P., 26. April. [Apotheken-Verkauf. Veriegung.] Die bietige Schwan-Apotheke, dem am 13. März ex. verstorbenen Apotheker Christoff gehörig, ist Seitens des hinterbliebenen Wittwe an den Apotheker Paul Krönen, früher Apothekenbesitzer in Wittenberg bei Halle, verkauft worden. Der neue Besitzer hat das Geschäft bereits übernommen. — Der Amtsgerichtsrath von Busch in Lissa ist an das Amtsgericht in Elsterwerda versetzt worden.

Gelehrte Nachrichten.

Wien, 26. April. Das Herrenhaus nahm heute das Gesetz, betreffend die Sonntagsruhe im Haushandel in zweiter und dritter Lesung an.

Budapest, 26. April. Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung des Muntiums des Magnatenhauses über die Reception der israelitischen Religion beantragte der Kultusminister die Annahme des Gesetzes in der ursprünglich von dem Abgeordnetenhaus votirten Form und die Rückleitung desselben an das Magnatenhaus. (Eljenufer.) Abgeordneter Islyes erklärte Namens der Fraktion Justh-Götts, den Antrag des Kultusministers anzunehmen. Graf Szapary beantragte behufs Einvernehmens zwischen den beiden Häusern der Gesetzgebung die Zurückverweisung des in Beratung stehenden Gesetzentwurfs, um eine Vereinigung desselben mit dem Gesetze über die freie Religionsausübung durchzuführen. Der Kultusminister erklärte, er sehe die Nothwendigkeit einer Vereinigung der beiden Vorlagen nicht ein, da er glaube, daß das Magnatenhaus dies, wenn es die Prinzipien guttheise, in welcher Form sich immer die Vorlage präsentire, thun werde. Der Antrag Szapary wurde abgelehnt und der Antrag des Kultusministers nahezu einstimmig angenommen.

Petersburg, 26. April. Die Kaiserin-Wittwe verlegte sich gestern, als sie den Fahrstuhl im Antschloßpalaste benutzte, an der einen Ferse und einem Knödel. Die Kaiserin wurde eingehen-

Schmerz; die durch die Verlegung herborgerufene Geschwulst ist unbedeutend und der Zustand befriedigend. Der Kaiser kam heute Vormittag 10 Uhr von Barstoje Selo nach Petersburg, um die Kaiserin-Wittwe zu besuchen, und kehrte um 3 Uhr zurück.

Paris, 26. April. Der heisige "New York Herald" läßt sich aus Berlin telegraphiren, daß die deutschen Inhaber griechischer Werthe pädere beabsichtigen, die von Griechenland zu den Kieler Festlanden zu entsendenden Schiffe mit Beschlag belegen zu lassen? (2)

Brüssel, 26. April. Der Finanzminister hatte Gelegenheit, sich über die Steuerreform auszusprechen. Der Minister erklärte, er wäre gegen die von den Sozialisten vorgeschlagene Einkommensteuer. Die Steuer würde nach dem realisierten Gewinn und nicht nach dem Umfang der Geschäfte berechnet werden. Aktiengesellschaften würden von ihrem Gewinn 5 bis 6 Prozent zahlen. Die Grund- und Mobiliarsteuer würden einer Durchsicht unterzogen werden. Privatpersonen würden nach ihrem veranschlagten Vermögen besteuert werden. Auch die Kupons von Aktien und Obligationen sollten steuerpflichtig sein. Die Zonen würden proportionelle und ihre Steigerung eine sehr nötige sein.

Brüssel, 26. April. Nach äußerst bestiger Debatte wurde heute in der Kammer von Seiten der Rechten gegen die Linke der Antrag Ansele abgelehnt, welcher dahinging, am 1. Mai keine Kammeröffnung abzuhalten und diesen Tag als einen Nationalfeiertag auszurufen. Am nächsten Donnerstag wird die Kammer bei verschlossenen Thüren die Frage erörtern, ob eine Änderung des Kammerreglements notwendig sei.

London, 26. April. In Denny, Schottland, fand heute eine schwere Grubenexplosion statt. 164 Bergleute wurden gerettet, 13 sind, wie man annimmt, umgekommen.

London, 26. April. Die "Times" meldet aus Peking: John Foster und der Sekretär Liungtchang sind hier angekommen.

Der Friedensvertrag liegt nunmehr dem Kaiser und den Ministern vor. Das Chung-li-hamen berief gestern mit den auswärtigen Gesandtschaften. Eine große Anzahl der Zensoren hat Denkschriften gegen die Annahme des Friedensvertrages dem Throne unterbreitet.

Christiania, 26. April. Eine Mittheilung des Ministeriums Stang besagt, daß das Ministerium dürfe nicht nochmals die Verantwortlichkeit für die Provocation einer Entscheidung des Königs bezüglich der noch nicht bewilligten Demission gesucht der Minister übernehmen; die Entscheidung könne erst erfolgen, wenn sich die Möglichkeit der Bildung eines neuen Ministeriums zeige oder wenn absolute Hindernisse gegen das Weiterfunktionieren des jetzigen Ministeriums hervorträten.

Bukarest, 26. April. In Folge eines Beschlusses des

Ministerrates untersagte die Polizei die Ablösung des für den 1. Mai von den Sozialisten geplanten Umzuges in den Straßen und ähnliche Demonstrationen.

Habana, 26. April. Marschall Martinez Campos traf heute aus den australischen Bezirken an Bord des Dampfers "Villaverde" unerwartet hier ein und wurde enthusiastisch empfangen.

Newyork, 26. April. Nach einem Telegramm aus Corinto ist der nicaraguansche Kommissar Duarte mit der Antwort der Regierung von Nicaragua auf das englische Ultimatum von Managua dort angelkommen. Die Antwort werde den Engländern nicht vor 11 Uhr übergeben werden, es verlaue aber, sie sei so gehalten, daß es zu einer britischen Okkupation kommen werde. Die Lokalbehörden schickten sich an, die Stadt zu verlassen. Admiral Stephenson habe Duarte benachrichtigt, daß das Ultimatum heute um Mitternacht ablaufe.

Die "World" meldet, die Regierung von Nicaragua habe von allen Seiten des Landes Anerbieten auf Subsistitionen behufs Zahlung der Entschädigung erhalten. In Managua sollen 2000 Mann zum Marche auf Corinto bereit sein. In Corinto, wo die Behörden aus Managua Befehl erhalten hätten, eine Landung der Engländer nicht zu gestatten, ständen über 1400 Mann unter Waffen.

Wien, 27. April. Die Regierung boten den Ausländern eine Lohn erhöhung von 15 Prozent an, welche von den Lehmelschläfern angenommen wurde. Die übrigen Arbeiter-Kategorien verlangen eine Lohn erhöhung von 20 Prozent. Obwohl die Werkbesitzer eine bindende Fassung nicht gemacht haben, wird die Arbeit morgen wieder aufgenommen werden. Der Streit wird als beendet betrachtet.

Prag, 27. April. Im Prozeß gegen 16 Teilnehmer an einem verbrecherischen Geheimbunde wurde der Bergarbeiter Franz Sotol wegen Verdachts nach § 8 des Sprengstoffgesetzes zu 15 Monaten verstärkten schweren Kerlers verurtheilt. Die Nebenklagen wurden freigesprochen.

Warschau, 27. April. Die Stadt Krakow ist von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Über 30 Wohnhäuser, darunter die Post und die Synagoge, sind durch Brand zerstört. Der Materialschaden ist bedeutend; man vermutet Brandstiftung.

Paris, 27. April. Die heutigen Morgenblätter berichten, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika dem zwischen Frankreich, Deutschland und Russland getroffenen Übereinkommen bezüglich des Protestes gegen die japanisch-chinesischen Friedensbedingungen beitreten werden. Ferner dementieren die Blätter die aus England stammende Meldung, daß das japanische Volk einen Aufstand herbeiführen werde, wenn die Regierung dem Protest der drei europäischen Mächte Folge leiste.

Paris, 27. April. Der Aufstand der Bündholzarbeiter geht seinem Ende entgegen. In mehreren Fabriken haben die Arbeiter die Arbeit bereits bedingungslos wieder aufgenommen. Die Nebrigen werden voraussichtlich bald folgen.

Marseille, 27. April. Das französische Mittelmeeergefäß wird diesen Sommer einige österreichische und türkische Häfen besuchen.

Gestern wurden in den Gewässern von Gibraltar Überreste des untergegangenen spanischen Kriegsschiffes "Cóndor" gefunden.

Madrid, 27. April. Der Herzog von Orleans ist auf der Jagd in der Nähe von Sevilla vom Pferde gefallen und hat sich ein Bein gebrochen.

London, 27. April. Die Hoffnung auf Rettung der in der Grubbe bei Denby verschütteten Bergleute hat man aufgegeben. Ein Mann von der Rettungsmannschaft ist erstickt.

Belgrad, 27. April. Die Meldung, daß der Ministerpräsident vor der Ankunft der Königin Natale desmisstriont und durch den früheren Ministerpräsidenten Nikolajewitsch ersetzt werde, ist vollständig unbegründet. Die Königin Natale hat ausdrücklich erklärt, daß sie dem Ministerpräsidenten alles verzeihen habe, was er früher gegen sie unternommen habe und daß sie mit Rücksicht auf ihren kurzen Aufenthalt in Serbien keinen Anlaß zu politischen Ereignissen geben wolle.

Buenos-Aires, 27. April. Gestern fand ein feierlicher Gottesdienst für die Seeleute der untergegangenen "Reina Regente" statt, welchem das diplomatische Corps und 300 Spanier beteiligt waren.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1895				
Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind. Stunde.	Wetter. Temp. Grad 66 m Seehöhe.	Temp. Grad
26. Nachm. 2	749,1		SW leicht	bedeckt + 16,7
26. Abends 9	749,8		SW leicht	bedeckt + 18,5
27. Morgs. 7	748,8		SSO leicht	bedeckt + 12,8
) Um 8 Uhr schwacher Regen (0,05 mm).				
Am 26. April Wärme-Maximum + 18,° Cels.				
Am 26. April Wärme-Minimum + 10,9				

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 26. April. [Zur Börse.] Unter dem Einfluß der Wiener Course erhöhte die Börse in fester Haltung und bewahrte dieselbe auch trotz österlicher Schwankungen im späteren Verlauf. Die österreichische Spekulation war speziell für Franzosen und sogenannte Verstaatlichungsbahnen Käufer und diese Wertthe haben denn auch ansehnliche Avancen erzielt. Ferner stimulirte hier im Allgemeinen der günstige Reichsbahn-Ausweis; am Bankenmarkt die Erwartung auf bevorstehende größere Geschäfte der betreffenden Institute und in Bahnhöfen verschiedentlich die Nachfrage nach ungünstigen geistigen Verbretungen seitens der Kontremine. Letzteres gilt von Dortmund-Bronauern und Lübeck-Büchenern; daneben steigen auf diesem Markt Mainzer um ca. 1½ Proz. auf die Erklärungen in der Generalversammlung. Österreichische Bahnen waren recht fest, Franzosen steigen über 2½ Proz. und andere entsprechend. Von Schweizer Bahnen waren Nordost und Central höher gefragt, man lagte für Schweizer Rechnung. Ferner steigen Kanada Pacific-Aktien, die in der Liquidation sehr gefragt wurden, und Italiensche Wertbündel; Prince-Henry schwanken. Montanwerke haben sich gegen gefrigre Schluzcoure wenig geändert. Von Renten waren Italiener behauptet, russische Fonds und Türkentalohe besser. Ebenso Schiffsaftaktien leicht ansteigend. Die Prämienerklärung übt keinen besonderen Einfluß auf die

Tendenz aus und die Nachbörse verlor still. Am Kalsa markt waren höher: Kreisfellerdingen Eisen-, Frankfurter Güterbahnen, Mainzer, Hafner Federstahl, Deutsche Metallpatronen, Darmunder Unionbrauerei, Landes Weißbier, Löwe u. Co., Mälzerel Brede, Norddeutsche Wollkämmerei, Oranienburger chem. Fabr., Stettiner Straßenbahn, Posener Spritzfabrik, Rhein. Metallwaren, Dugler Hobben, Gußhahl Witten, Hartori Bergwerk St. Br., Westerwegen, Niedrig er notirten: 3¹/₂ proz. Reichsanleihe, 3¹/₂ proz. Consols, 3 proz. Consols, Spritzbank Brede, Essen Kredit-Anstalt, Anilinfabrik, Berl. Elekt. Werke, Stobwasser Lampen-Fabrik, Brauhaus Nürnberg, Bredower Buder, Buzle Metall-Industrie, Cartonagen-Industrie, Elbersfelder Farben, 3¹/₂ proz. Osthessische Kleinbahn-Obl. 10¹/₂ bez. u. G. Bissaboner Anl. flau. Russische Prioritäten still, Translaufasler gefragt, 3 proz. Ostf.-Ung. Brix.-Alt. von 95 debet. Privatdiskont 1¹/₂ proz. (N. S.)

London. 26. April. (Schlußbericht.) Ruhig.

Engl. 2¹/₂ proz. Consols 105%, Preuß. 4 proz. Consols 105%, Italien. 5 proz. Rente 87¹/₂, Lombarden 9¹/₂, 4 proz. 1889 Russen (II. Serie) 101¹/₂, konv. Türk. 25¹/₂, österl. Silber. — österl. Goldrente — 4 proz. ungar. Goldrente 10¹/₂, 4 prozent Spanier 71¹/₂, 3¹/₂ proz. Egypt 101¹/₂, 4 proz. ungar. Egypt 105, 3¹/₂ proz. Tribut-Anl. 99¹/₂, 6 proz. Mexikaner 80%, Ottomanbank 9¹/₂, Canada Pacific 46%. De Beers neue 21%, Rio Tinto 14¹/₂, 4 proz. Rupees 58¹/₂, 6 vroz. fund. arg. A. 69, 5 proz. arg. Goldanleihe 65, 4¹/₂ proz. aug. do. 41, 3 proz. Reichsanl. 95%, Griech. 81, anleihe 33, do. 87er Monopol-Anl. 34¹/₂, 4 proz. Griechen 1889er 28, Brasil. 89er Anl. 75¹/₂, 5 proz. Western de Min. 82, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 76¹/₂, Platzdiskont 1¹/₂, Silber 30¹/₂.

Bremen. 26. April. Börsen-Schlußbericht. Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Petroleum-Börse.) Ruhig. Volo 9,50 Br.

Schmalz. Fest. Wilcox 37¹/₂, Pf., Armour shield 36¹/₂, Pf., Cubay 37¹/₂, Pf., Fairbanks 30¹/₂, Pf.

Spec. Fest. Short clear middling loko 32. Wolle. Umsatz: 86 Ballen.

Tabak. Umsatz: 106 Seronen Carmen.

Hamburg. 26. April. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos per Mai 76, per September 75, per Dezbr. 72¹/₂, per März 71¹/₂. Schleppen.

Hamburg. 26. April. (Schlußbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt Borsig 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per April 9,25, per Mai 9,50, per August 9,67¹/₂, per Oktober 9,82¹/₂. Stetig.

Paris. 26. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per April 19,50, per Mai 19,60, per Mai-August 19,80, per September-Dezember 20,00. — Roggen fest, per April 11,25, per September-Dezember 11,25. — Mehl fest, per April 42,20, per Mai 42,45, per Mai-August 43,10, per September-Dezember 44,10. — Rüböl ruhig, per April 53,75, per Mai 49,00, per Mai-August 48,50, per September-Dezember 48,00. — Spiritus ruhig, vor April 31,25, per Mai 31,50, per Mai-August 31,75 per September-Dezember 32,50. — Wetter: Regen.

Paris. 25. April. (Schluß.) Rohzucker behauptet, 88 Prozent loko 25,75 & 26,00. Weicher Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilo-gramm per April 26,62¹/₂, per Mai 23,75, per Mai-August 26,87¹/₂, Oktober-Januar 27,75.

Havre. 26. April. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Ziegler u. Co.), Kaffee good average Santos per Mai 91,75, per September 91,75, per Dezember 90,00. Unregelmäßig.

Havre. 26. April. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Bolinis Balisse.

Rio 4000 Sac, Santos 7100 Sac Recettes für gestern.

Petersburg. 26. April. Produktenmarkt. Talg loko 51,00,

per August —. Weizen loko 8,00. Roggen loko 5,90. Hafer loko 3,55. Hanf loko 44,00. Veinsaat loko 11,25. — Wetter: Wind: SW, früh 10 Gr. Raum., 752 Millim. Wetter: Nachts Gewitterregen, aufklarend.

Die an der gestrigen Nachbörse stattgehabte Fortsetzung der Preiststeigerung übertrug sich auf den heutigen Markt und die andauernde Nachfrage nach bromptier Waare drückte sich in der hohen Bewertung der nahen Termine aus, während Herbstfrüchte zwar begehr waren, aber, angestiegt der ruhigeren Haltung des Auslandes, weniger fest verliehen. Ganz besonders lebhaft war der Begehr für Weizen nach allen Seiten und die Deckungen der Händler gegen Waarenverläufe stellerten vordere Monate um 2 bis 2¹/₂ M., während Herbst zurückdrückt. Roggen zeigte bei etwas nachlassender Nachfrage und schwankender Coursesbewegung ebenfalls festere Haltung und schließt nach Befriedigung einiger Realisationen 1 M. höher.

Antwerpen. 26. April. Getreidemarkt. Weizen fest, Roggen fest. Hafer fest. Gerste fest.

Antwerpen. 26. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Roh-

suntries Type weiß loko 28,00 Verkäufer, per April — Br., per Mai-Juni — Br., per Septbr.-Dezember — Br. Geschäftlos.

Schmalz 87¹/₂, Margarine ruhig.

London. 26. April. 96% Tabazucker loko 11¹/₂, ruhig, Rüben-

Rohzucker loko 9¹/₂, ruhig. Centrifugal Cuba —

London. 26. April. An der Küste 3 Weizenladung angeboten.

— Wetter: Regenhauer.

London. 26. April. Chilli-Kupfer 40¹/₂, per 3 Monat 40¹/₂.

Glasgow. 26. April. Nobelsen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 lb. 1¹/₂, b.

Gläsgow. 26. April. Die Vorräthe von Nobelsen in den Stores belaufen sich auf 283 668 Tons gegen 314 535 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 75 gegen 72 im vorigen Jahre.

Liverpool. 25. April. Getreidemarkt. Weizen und Mais fest. Mehl fest. — Wetter: Trübe.

Liverpool. 26. April. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochenumsatz 92 000 B., do. von amerikanischen 85 000 Ballen, do. für Spekulation 3000 B., do. für Export 2 000 B., do. für wiss. Konjunktur 80 000 B., dessgl. unmittelbar ex. Schiff 81 000, wiss. Export 4 000 Ballen, Import der Woche 79 000 B., davon amerikanische 73 000 B., Vorrath 1 716 000 Ballen, davon amerikanische 1 600 000 Ballen, schwimmend nach Großbritannien 110 000 Ballen, davon amerikanische 105 000 Ballen.

Liverpool. 26. April. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Umsatz 15 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fest.

Middle amerikan. Lieferungen: April-Mai 3¹/₂ % Käuferspreis, Mai-Juni 3¹/₂ %, do. Juni-Juli 3¹/₂ % Verkäuferpreis, Juli-August 3¹/₂ % Käuferspreis, August-September 3¹/₂ %, do. September-Oktober 3¹/₂ %, do. November 3¹/₂ %, Weih., November-Dezbr. 3¹/₂ %, do. Verkäuferpreis.

Newyork. 25. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 6¹/₂, do. in New-Orleans 6¹/₂. — Petroleum Standard white in New-York 10,00, do. in Philadelphia 9,95, do. rohes 9,50 do. Pipe-line certifit, vor Mai 20¹/₂, nom — Schmalz Western steam 7,10, do. Rohe & Brothers 7,35. — Mais träge aber behauptet, per Mai 52¹/₂, per Juli 52¹/₂, per September 53¹/₂. — Weizen kaum behauptet, Roher Winterweizen 66%, do. Weizen vor April —, do. Weizen vor Mai 64¹/₂, do. Weizen v. Juli 65¹/₂, do. Weizen vor Dez. 68%. — Getreidebrach nach Liverpool 2 — Kaffee fair Rio Nr. 7 16, do. Rio Nr. 7 per Mai 13,80, do. Rio Nr. 7 per Juli 14,15. — Mehl. Spring clears 2,70. — Zucker 2¹/₂ — Kupfer 9,70.

Chicago. 25. April. Weizen kaum behauptet, vor Mai 60, per Juli 61¹/₂. — Mais kaum behauptet, vor Mai 47¹/₂. — Spec short clear nominell. Port per April 12,15.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin. 27. April. Wetter: Schön.

Newyork. 26. April. Weizen per Mai 66¹/₂, per

Juli 66¹/₂

Feste Umrechnung: 1 Libra = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 France, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-DiskontoWechsel v. 26. April

Amersterdam	2 ¹ / ₂	8 T.	168,90 br G.
London	2	8 T.	20,45 ¹ / ₂ br G.
Paris	2	8 T.	85,05 br G.
Wien	4	8 T.	167,25 G.
Italien, Pl.	5	10 T.	76,85 G.
Petersburg	4 ¹ / ₂	3 M.	217,70 br G.
Warschau	4 ¹ / ₂	8 T.	219,00 G.

Börs. 3. Lomb. 3¹/₂ u. 4. Privat 1¹/₂ br G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns 20,41 G.

20 Francs-Stück 16,29 br G.

Gold-Dollars 4,18¹/₂ G.

Amerik. Not. 1 Pfd. Sterl. 4,16¹/₂ G.

Engl. Not. 1 Pfd. Sterl. 20,45 br G.

Franz. Not. 100 Frs. 81,15 br G.

Oestr. Noten 100 Frs. 167,45 br G.

Russ. Not. ult. 100 R. 219,15 br G.

Russ. Not. ult. 100 R. 219,00 br G.

do. do. do. Jun. 219,25 br G.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl. 4

do. 3¹/₂

Berliner... 5

do. 4¹/₂

do. 5

Ctrl.Lsdch 4

do. do. 3¹/₂

Kur.uNeu-mk. neues 3¹/₂

Ostpreuss 3¹/₂

Pommern 4

do. do. 3¹/₂

Posensh. 4

do. do. 3¹/₂

Schles. 4

do. do. 3¹/₂

Preuss. 4

do. do. 3¹/₂

do. do. 4

do. do. 3¹/₂